

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 4. November 2013

Verfasserin: Rahel Walti

Der ganze Morgen war Bildungsvorstössen gewidmet – für unsere Bildungsspezialisten Andreas Erdin und Christoph Ziegler hiess das viel Arbeit!

**Ersatz der Mitarbeiterbeurteilung durch das jährliche Mitarbeitergespräch** (Christoph Ziegler)  
Mitarbeiterbeurteilungen (MAB) von LehrerInnen sollen gemäss Postulat (FDP) zu Gunsten von Mitarbeitergesprächen (MAG) gestrichen werden. Christoph Ziegler führt für die glp aus, dass ein Gespräch alleine nicht genügt bei lohnwirksamen MABs. Die Anpassungen, die der Regierungsrat darüberhinaus seit Einreichung des Postulates vor zwei Jahren bei den MAB gemacht hat, gehen in die richtige Richtung. Das Postulat braucht es deshalb nicht (mehr). Gleicher Meinung wie glp sind die CVP, SP, Grüne und EVP und das Postulat wird mit 30:138 Stimmen abgelehnt (unterstützt nur noch von der BDP).

**Ausländische Dozenten an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich**  
Claudio Zanetti (SVP) will mit dieser Interpellation .... ja was eigentlich? Wie er selber ausführt, ist die Interpellation, die er vor zwei Jahren eingereicht hat, nicht mehr aktuell. Es ging ihm damals wohl eher provokativ um die Frage, inwiefern ausländische ProfessorInnen Schweizer Recht lehren und erforschen können, wenn sie das schweizerische Demokratieverständnis selber nie am eigenen Leib erfahren haben. Diese Frage kann er sich heute grösstenteils selber beantworten. Wir gratulieren...

**Portfolio von ausserschulischen Leistungen** (Christoph Ziegler)  
Die Postulantinnen aus SP, FDP und CVP wollen, dass ausserschulische Leistungen in der 3. Oberstufe für die Bewerbungen von der Schule formal anerkannt werden. Christoph Ziegler führt für die glp aus, dass wir nicht verstanden haben, worin das Problem heute bestehen soll und führt aus, dass es für ausserschulische Leistungen keine formale Anerkennung braucht, die nur die Bürokratie schüren, da jede Schülerin, jeder Schüler schon heute ihre ausserschulischen Leistungen in der Bewerbung ausführen kann. Das Postulat wird mit 64:92 abgelehnt.

**Koordinationsgruppe Jugendgewalt** (Daniel Hodel)  
Das FDP Postulat, das der Regierungsrat entgegenzunehmen bereit ist, will, dass der Regierungsrat einen Bericht verfasst, der erläutert, wie die bestehende „Koordinationsgruppe Jugendgewalt“ arbeitet und was diese bisher erreicht hat. Die SVP will das Postulat nicht überweisen und hat Diskussion verlangt, weil sie dagegen ist, dass eine neue Koordinationsgruppe eingesetzt wird... komplettes Missverständnis also, mit dem der Kantonsrat gleichwohl mehr als 10 teure Ratsminuten verbraten muss (Zeitwert rund CHF 2'000.-). Das Postulat wird mit 109:52 Stimmen überwiesen.

**Halb-Tagesschulen** (Andreas Erdin)  
Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat der FDP entgegenzunehmen und einen Bericht zu den rechtlichen Anpassungen für die Einführung von Halbtageschulen zu verfassen. Halbtageschulen sollen jeden Tag zwischen 8 und 15h (Mittwochnachmittag weiter frei) stattfinden, über den Mittag gibt eine kurze Pause. Die glp Fraktion ist mehrheitlich gegen das Postulat, auch wenn wir die Idee von mehr Tagesschulen generell unterstützen. Die Gründe sind folgende: Schon heute ist die Infrastruktur in Schulen wie z.B. die Turnhallen stark ausgelastet. Bei einer Halbtageschule, bei der der Unterricht nur noch bis 15h00 geht, verschärft sich dieses Problem. Kurze Mittagspausen sind nicht für alle Schülerinnen und Schüler gut und verunmöglichen zudem vielen Kindern, nach Hause Mittagessen zu gehen. Die Volksschule, die per definitionem kostenlos ist, muss deshalb die Kosten für die Mittagessen übernehmen. Das führt zu einer Verteuerung der Schule ohne schulischen Mehrwert. Dazu müssen Eltern, die länger als bis 15h00 arbeiten, trotz Halbtageschule eine ausserschulische Lösung für die Kinder bis zu ihrem Feierabend finden. Da die Vorteile der Halbtageschulen (im Gegensatz zu Tagesschulen) von der Mehrheit der glp Fraktion nicht ersichtlich sind, sind wir mehrheitlich gegen dieses Postulat. Dieses wird trotzdem mit 89:62 überwiesen.

### **Mathematisch-naturwissenschaftliches Profil schon im Langzeitgymnasium**

Das Postulat der EDU, SVP und SP möchte, dass schon auf der Unterstufe des Langzeitgymnasiums ein mathematisch-naturwissenschaftliches Profil angeboten wird. Die glp Fraktion schätzt dieses Postulat zwiespältig ein. Einerseits unterstützen wir die Idee, dass auch mathematisch-naturwissenschaftlich Begabte einen Platz im Langzeitgymnasium finden. Andererseits ist es wenig sinnvoll, wenn GymnasiastInnen im Untergymi schwerpunktmässig MINT-Fächer besuchen und dann ihr Niveau den SchülerInnen und Schülern anpassen müssen, die das Kurzzeitgymi machen, resp. die KurzzeitgymnasiastInnen keine Chance mehr haben, eine gute MINT Ausbildung zu erhalten, weil die Weichen vorher gestellt wurden. Also: auch wenn das Grundanliegen der Postulaten von der ganzen Fraktion geteilt wird, so überzeugt die Lösung eines neuen Profils nur einen Teil der Fraktion. Der Regierungsrat ist allerdings bereit, das Postulat entgegenzunehmen und es wird mit 110 zu 51 Stimmen überwiesen.

### **Anpassung der Volksschulverordnung § 44 (Legitimation einer Gesamtschulleitung)** (Christoph Ziegler)

Die Postulanten wollen, dass Schulen eine Gesamtschulleitung einführen können, welche die SchulleiterInnen führt und koordiniert, wenn es in Schulgemeinden mehrere SchulleiterInnen gibt. Die glp hat für dieses Postulat, das der Regierungsrat entgegenzunehmen bereit ist, die Diskussion verlangt. Wir fürchten eine weitere Aufblähung des Führungsapparates in den Schulen ohne pädagogischen Mehrwert. Das Postulat wird dann auch mit 109 zu 59 Stimmen abgelehnt.

### **Beiträge an bewährte Zürcher Privatschulen** (Andreas Erdin)

Die Motion der EDU will mehr Beiträge des Kantons an die Privatschulen (konkret CHF 3'000.- /SchülerIn/Jahr) resp. rund 20 Mio im Jahr. Wie Andreas Erdin für uns ausführt, stehen wir für eine starke Volksschule mit wissenschaftlicher und liberaler Grundhaltung und sind nicht bereit und befugt, für demokratisch nicht legitimierte Schulen (mit zudem teilweise ideologisch gefärbten Inhalten) finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Motion wird mit 7 zu 158 Stimmen abgelehnt.